

Martina Munz, Nationalrätin

«Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen»

Das war der Leitspruch für meine politische Arbeit. Elf Jahr durfte ich im Bundeshaus mitwirken mit Schwerpunkt in der Bildungs-, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik.

In der Umweltkommission wurden in den letzten Jahren wichtige Entscheide gefällt. Nachdem das ambitionierte CO₂-Gesetz an der Urne scheiterte, waren Kompromisse gefragt. Die Klimaerwärmung verpflichtete uns zum Handeln und der Krieg in Europa machte uns deutlich, wie abhängig wir von fossilen Energien sind. Mit dem neuen Stromgesetz haben wir nun bessere Voraussetzungen geschaffen, um in Photovoltaik auf Gebäuden zu investieren. Parallel dazu haben wir den Solarexpress für alpine Solaranlage und den Windexpress zur Beschleunigung von Windanlagen geschaffen. Gleichzeitig wurde das Raumplanungsgesetz aufwändig revidiert als Gegenentwurf zur Landschaftsinitiative und zum Schutz gegen die Zersiedlung. Unter dem Radar der Öffentlichkeit wurde auch ein Kreislaufgesetz erarbeitet, an dem ich in der Subkommission intensiv beteiligt war. Diese Gesetzesvorlagen waren am Ende der letzten Legislatur noch nicht fertig. Ich bin froh, dass ich diese grossen Vorlagen noch zu Ende beraten durfte.

Was wir in der letzten Legislatur geschafft haben, wäre in dieser nämlich kaum mehr möglich. Das Parlament ist spürbar nach rechts gerückt und zeigt sich immer weniger kompromissbereit. Auch vom Bundesrat spürt man mehr Machtpolitik als Konsens. Mit dem Stromgesetz hat die Bevölkerung deutlich Ja gesagt zur Energiewende. Die Solarbranche boomt. Die Botschaft ist angekommen. Die Energiewende wird greifbar. Und schon reisst Umweltminister Röstli das Ruder herum und setzt seine Segel in eine andere Richtung. Das AKW-Neubauverbot von 2017 soll rückgängig gemacht werden. Damit torpediert er die Energiewende, die eben erst mit dem Stromgesetz glaubwürdig in der Politik angekommen ist. Ein AKW wäre frühestens 2052 gebaut, bis dann müssen wir die Energiewende schon längst geschafft haben. Das Vorhaben wäre auch zu teuer und zu gefährlich. Weltweit gibt es kein Atomkraftwerk, das ohne Staatsgarantie betrieben wird. AKWs stellen zudem ein erhebliches militärisches und terroristisches Risiko dar. In der Ukraine halten die Russen Saporischja besetzt. Lassen sie das Kraftwerk hoch gehen, ist die Ukraine für Generationen nicht mehr bewohnbar. Wollen wir uns tatsächlich solchen gefährlichen Technologien zuwenden, obwohl auch das Atommüll-Problem noch nicht gelöst ist? Jetzt braucht es Investitionssicherheit in erneuerbare Energien, Effizienz und Speicher. Ein Revival der Atomkraft ist sachlich unverantwortlich.

Auch die Sparpläne von Finanzministerin Karin Keller Sutter sabotieren die Energiewende. In ihrem neuesten Sparpaket soll das Geld für den Heizungsersatz und Gebäudeisolation gestrichen werden. Das ist aber nur ein Teil ihrer Abbaupläne. Das Sparpaket ist ein einziger Angriff auf die soziale Schweiz. Am meisten bluten sollen gesellschaftspolitische Anliegen wie die Kita-Finanzierung. Mehreinnahmen werden hingegen kaum geprüft. Ein Referendum ist unvermeidlich.

Für mich heisst es nun aber Abschied nehmen. Ich wünsche meiner Nachfolgerin Linda De Ventura Kraft, Mut und Freude in ihrem Amt. Sie wird mit Engagement für unsere Anliegen kämpfen, dafür ist sie bestens gerüstet! Ich freue mich auf ein etwa ruhigeres Leben abseits der turbulenten Tagespolitik. Der Schaffhauser Bevölkerung danke ich, dass ich mich für über ein Jahrzehnt in die nationale Politik einbringen durfte. Es war eine intensive und spannende Zeit – Danke!